Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erscheinungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1949

Nr. 187 — Sonnabend, den 11. August 1928 — 23. Jahrgang

Denn die Elemente hassen . . .

Ein oberpfälzisches Dorf in Flammen.

In der Ortschaft Luhe bei Weiden in der Oberpfalz ist ein Riesenbrand ausgebrochen. Die Feuerwehren aus der ganzen Umgebung sind zur Bekämpfung des Feuers, die durch herrschenden Wassermangel erschwert wird, herbeigeeilt.

Das Feuer kam gestern Nachmittag um 1 Uhr in dem Anwesen eines Landwirtes, wo das Getreide mit einer Maschine gedroschen wurde, durch Kurzschluß aus.

Von den rund 105 Häusern der Gemeinde sind 40—50 Wohnhäuser und mindestens 120 Nebengebäude niedergebrannt. Die Ernte, die in den Stadeln untergebracht war, ist verloren. Die Kirche wurde gerettet, nur der Kirchturm ist abgebrannt. Das Vieh wurde zum Teil gerettet. Hab und Gut der vom Brande Betroffenen ist verloren. Das wenige Mobiliar, das ins Freie gebracht werden konnte, fing infolge der riesigen Hitze Feuer und ist ebenfalls verbrannt. Für die obdachlosen Einwohner sind keine Wohnungen vorhanden, sie müssen zum Teil in den wenigen stehengebliebenen Häusern untergebracht werden oder Notquartiere beziehen. Schule und Postagentur sind ebenfalls niedergebrannt. Die Einwohnerzahl des Marktfleckens beträgt 700 Personen. Ein Verlust von Menschenleben ist nicht zu beklagen. Ein Einwohner ist an Rauchvergiftung schwer erkrankt. Zur Zeit wütet das Element ungebrochen weiter.

•

Riesenbrände in der Tschechoslowakei.

In der Gemeinde Szögy bei Parkany entstand ein Brand, der sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete und 173 Häuser einäscherte. 600 Familien mit 2000 Köpfen sind obdachlos. Zwei Kinder werden vermißt. Der Schaden wird auf ungefähr zehn Millionen Kronen geschätzt.

In der Gemeinde Loschitz in Mähren brach aus unbekannter Ursache Feuer aus, das, von starkem Winde unterstützt, sich mit großer Geschwindigkeit ausbreitete. Dem Brande sind bisher 15 Wohnhäuser und der Rathausturm zum Opfer gefallen.

Das politische Vermächtnis Raditschs.

Ruhe in Jugoslawien.

Gestern früh wurde das von Stefan Raditsch hinterlassene politische Testament eröffnet. Danach hat Raditsch den Führer des kroatischen Blockes Dr. Trumbitsch zu seinem Nachfolger in der Führung der Kroatischen Bauernpartei bestellt. Das Testament enthält ferner einen Appell an das kroatische Volk, nach seinem Tode die Ruhe zu bewahren. Vertreter der bäuerlich-demokratischen Koalition bereisen in Automobilen das ganze Land, um die Bevölkerung im Sinne des Vermächtnisses zur Ruhe zu mahnen. Bisher ist es nirgends zu Ruhestörungen gekommen. Gestern wurde in Agram auch bekannt, daß die jugoslawische Regierung beschlossen habe, korporativ an den Beisetzungsfeierlichkeiten für Raditsch in Agram teilzunehmen.

Die Befürchtungen, daß es bei dem Ableben dieses „ungekrönten Königs" zu Unruhen kommen würde, haben sich also erfreulicherweise nicht bewahrheitet, jedoch kann niemand verkennen, daß immer noch schwere Gefahren drohen, zumal man nicht zu übersehen vermag, ob der Nachfolger Raditschs sich seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird. So hält die Hochspannung in Südslawien nach wie vor an.

Im fernen Osten.

Großbritannien und China.

Der Nankinger Zwischenfall ist durch die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Nanking und Großbritannien geregelt worden. Zugleich wurde ein zweites Abkommen unterzeichnet, in dem sich Großbritannien verpflichtet, Verhandlungen mit China über die Revision der bisherigen Verträge einzuleiten.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen London und der Nanking-Regierung über die Entschädigungen für die Tötung von Engländern und Beschädigung englischen Eigentums bei den Unruhen in Nanking im vorigen Jahre sind soweit zum Abschluß gebracht. Damit ist gemäß einer Unterhausrede Chamberlains die Vorbedingung für den Abschluß politischer und wirtschaftlicher Verträge zwischen London und der Nanking-Regierung geschaffen worden. London dürfte nunmehr ähnliche Wege gehen, wie Washington, während Japan an seiner ablehnenden Haltung festhält und gerade erst in diesen Tagen der Nanking-Regierung eine sehr scharfe Note übermittelte, die von der englischen Presse teilweise sogar als Ultimatum bezeichnet wurde und die gegen die Kündigung des japanisch-chinesischen Vertrages erneut protestiert.

Friede den Menschen.

Tagung der Kriegsbeschädigten.

In Berlin wurde gestern vormittag im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses die 4. Jahresversammlung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer in Anwesenheit von Vertretern der Reichs-, Staats- und Städtischen Behörden, des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, der deutschen Friedensgesellschaft und anderer Verbände feierlich eröffnet. Der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter, Lehmann, trat für den Schutz aller Kriegsopfer, insbesondere aber für den Schutz der Deutschen im Auslande ein.

Abends fand eine vom Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener und vom Reichsverband der Kriegsbeschädigten einberufene öffentliche Kundgebung der Berliner Kriegsopfer statt, an der auch Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und der ausländischen Bruderorganisationen in Frankreich, Oesterreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien usw. teilnahmen. Der Präsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, Biala-Paris, bezeichnete als höchstes Ziel der Aufgaben der Internationalen Arbeitsgemeinschaft die Befriedigung der Menschheit. In erster Linie sollten die beiden ersten Kulturvölker Deutschland und Frankreich fortan in Eintracht den Frieden schaffen.

Präsident Brandeiß vom Oesterreichischen Bund der Kriegsbeschädigten gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutschen und die österreichischen Verbände bald zu einem Bunde im gemeinsamen Vaterland vereint sein mögen.

Auch Stinnes jun.?

Die Ermittlungen im Anleihebetrug.

Die Untersuchungen in der Kriegsanleihe-Betrugsaffäre haben, wie eine Korrespondenz meldet, zu der Annahme geführt, daß Hugo Stinnes jun. der Geldgeber des in Haft befindlichen Sekretärs von Waldow gewesen sei. Die Verdächtigung gegen Hugo Stinnes geht von dem verhafteten Sekretär von Waldow aus. Von der Staatsanwaltschaft und der Justizbehörde wird Stillschweigen darüber gewahrt, inwieweit Hugo Stinnes wirklich in die Affäre mit hineingezogen ist und es wird lediglich betont, daß keine Veranlassung vorliege, der Nachricht formell zu widersprechen. Bei den Untersuchungen handelte es sich vor allen Dingen darum, festzustellen, wie der Sekretär von Waldow, der ein Monatsgehalt von 1650 Mark bezog, die Beträge aufbringen konnte, um in London für 250000 Goldmark Kriegsanleihe zu erwerben. Nach dem Ergebnis der bisherigen Nachforschungen scheint Hugo Stinnes von Waldow diese Summe vorgestreckt zu haben, und zwar aus dem von ihm verwalteten Vermögen eines Bekannten. Die Ermittlungen gehen nun vor allen Dingen darüber hinaus, ob Hugo Stinnes jun. gewußt hat, für welche Zwecke von Waldow das Geld benötigte. Hugo Stinnes hält sich augenblicklich in Mühlheim auf und beabsichtigt in der nächsten Woche eine Auslandsreise anzutreten.

„Nicht bekämpfen, sondern beherrschen".

Der Brüsseler Sozialistenkongreß.

Im Verlauf der gestrigen Sitzung des Internationalen Sozialistenkongresses berichtete Wibaut (Holland) im Namen des Wirtschafts-Ausschusses über die Gesamtheit der Probleme der Rationalisierung, der Trusts, der Kartelle und der Monopolgesellschaften. Die Arbeiterklasse solle sie nicht bekämpfen, sondern versuchen, sie zu beherrschen, um an ihren Vorteilen teilzunehmen. Wibaut sagte dann, auf dem internationalen Gebiet habe die Arbeiterklasse eine dreifache Aufgabe zu erfüllen:

1. sich zu bemühen, die Hemmnisse, die sich der Entwicklung des internationalen Handels entgegenstellen, allmählich zu beseitigen, 2. die internationale Angleichung der Arbeitsverhältnisse zu erstreben, 3. zu verlangen, daß ein internationales Wirtschaftsamt unter der wirksamen Kontrolle der organisierten Arbeiter dem Völkerbund angegliedert werde.

Der Redner forderte die Proletarier aller Länder auf, sich für den Kampf unter der Parole zusammenzuschließen: Ersetzung der kapitalistischen Monopole durch die nationalen Gemeinschaften, Ersetzung der internationalen Trusts durch die Gemeinschaft der Nationen.

Die Nachprüfung beginnt.

Erste Sitzung des Ausschusses zur Ueberprüfung der Verkehrssicherheit der Reichsbahn.

Gestern fand die erste Sitzung des von dem Reichsverkehrsminister gebildeten Ausschusses zur Ueberprüfung der Verkehrssicherheit der Reichsbahn statt. Der Reichsverkehrsminister erörterte Zweck und Ziel der Arbeit des Ausschusses. Er hob hervor, daß der Ausschuß in seinen Arbeiten völlig unabhängig und berechtigt sei, örtliche Besichtigungen vorzunehmen und nach seinem Ermessen Sachverständige zu hören und Gutachten einzufordern. Er betonte des weiteren, daß sowohl der Generaldirektor der Reichsbahn wie auch er, der Reichsverkehrsminister, dem Ausschuß stets zur Verfügung stehen. Er bat weiter, daß die Arbeit des Ausschusses ungeachtet ihrer hervorragenden Bedeutung einen tunlichst schnellen Verlauf nehme, damit das Ergebnis der Arbeiten des Ausschusses möglichst bald in die Tat umgesetzt werden könne, um das Vertrauen zur Deutschen Reichsbahn und ihren Einrichtungen in vollem Maße wiederherzustellen. Der Reichsverkehrsminister übertrug den Vorsitz des Ausschusses dem Geheimen Oberbaurat Zirkler. Der Ausschuß nahm seine Arbeiten sofort in Angriff.

Die nächste Völkerbundstagung.

Von Dr. Külz, Reichsminister a. D.

Am 31. August wird die 51. Tagung des Völkerbundsrates beginnen, und am 3. September wird sich die Vollversammlung des Völkerbundes anschließen. Wenn nicht alles täuscht, wird es auf diesen Tagungen zwar zu ganz interessanten Aussprachen über einige Fragen von allgemeinerem Interesse, nicht aber zu wichtigen Entscheidungen kommen. Die Bedeutung der Tagung büßt schon dadurch ein, daß Chamberlain nicht erscheinen wird. Wer von den anderen Außenministern der führenden Staaten persönlich an den Beratungen teilnehmen wird, steht zur Zeit noch nicht fest. Die Tagung des Rates wird von dem finnischen Mitglied geleitet werden; ihm als Ratspräsidenten steht auch die Eröffnung der 9. Vollversammlung zu. Voraussichtlich wird Finnland sich hierbei von dem Minister Procope vertreten lassen.

Die wesentlichste zur Verhandlung kommende politische Frage ist das Problem Polen-Litauen, zu dem ein Bericht des holländischen Außenministers zu erwarten ist. Die Dinge haben hier insofern eine neue Wendung genommen, als die für 15. August in Königsberg vorgesehenen polnisch-litauischen Verhandlungen nunmehr gleichzeitig mit der Tagung des Völkerbundsrats am 30. August in Genf beginnen werden. Die räumliche und persönliche Nähe des Völkerbundsrats wird zweifellos dazu beitragen, daß diese Verhandlungen mit Besonnenheit und mit dem Willen zur Verständigung geführt werden. Daß eine wirkliche Entscheidung über den polnisch-litauischen Konflikt schon jetzt fallen wird, ist unwahrscheinlich. Dies ist erst in der nächsten Völkerbundsratssitzung zu erwarten, die ebenfalls noch im September nach der Vollversammlung zusammentreten wird.

Das Abrüstungsproblem wird diesmal den Rat nur mit einer Teilfrage beschäftigen. Am 27. August wird unter Vorsitz des Grafen Bernstorff der zuständige Sonderausschuß zusammentreten; auf Grund seiner Vorschläge wird sich der Rat dann über die Einberufung einer internationalen Konferenz schlüssig werden, welche die Kontrolle der Rüstungs-Industrien ordnen soll.

Für Deutschland sind einige Beratungsgegenstände der Ratstagung von besonderem Interesse. Von der vorigen Ratstagung liegen noch mehrere Minderheitsbeschwerden unerledigt vor. Es ist zu erwarten, daß die Beschwerden des deutschen Volksbundes über die Sicherheitsverhältnisse in Polnisch-Oberschlesien und die Beschwerden über die Einschulungsfragen jetzt zur Entscheidung kommen werden.

Die Völkerbundversammlung wird sich auch mit der Ersatzwahl zum ständigen internationalen Gerichtshof im Haag beschäftigen. Hierüber sind in der deutschen Oeffentlichkeit vielfach irrige Auffassungen verbreitet. Die Ersatzwahl muß in's Auge gefaßt werden, weil das amerikanische Mitglied Moore die Absicht hat zurückzutreten. Ueber die Zulässigkeit des Rücktritts hat zunächst einmal noch die Vollversammlung des Völkerbundes Beschluß zu fassen. Genehmigt sie den Rücktritt, so ist eine Ersatzwahl vorzunehmen. Diese Ersatzwahl ist vorbereitet worden. Nach der Satzung des Internationalen Gerichtshofes kann für eine solche Wahl jede nationale Gruppe zwei Kandidaten benennen. Die überwiegende Mehrzahl der nationalen Gruppen hat ihre Stimmen für den früheren amerikanischen Staatssekretär Hughes abgegeben, dessen Wahl damit in der Völkerbundsversammlung gesichert erscheint. Als 2. Kandidaten haben 9 Gruppen den deutschen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons vorgeschlagen, während die deutsche Gruppe hierfür den bekannten Staatsrechtslehrer Professor Schücking benannt hat. Der ganzen Wahl kommt als Ersatzwahl für eine nur zweijährige Amtsperiode eine geringere Bedeutung zu, als der für 1930 zu erwartenden Hauptwahl, bei der nach Ablauf der neunjährigen Amtszeit eine Neuwahl für alle Mitglieder des Gerichtshofes einzutreten hat.

SLUB
Wir führen Wissen.